

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Postgeb.) bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 26, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreispaltige Peltzeile oder deren Raum berechnet.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zur Förderung oder Erlebigen der Lohnbewegung wird demnächst ein außerordentlicher Verbandstag einberufen werden. Da die Einladungen an die Delegierten wahrscheinlich erst wenige Tage vor dem Zusammenritt des Verbandstages abgehandelt werden können, ist es notwendig, daß uns die Delegierten, die etwa ihre Wohnung gewechselt haben, schon jetzt, umgehend, Mitteilung davon machen. Sollte von den Delegierten jemand ausgeschlossen sein oder vielleicht in der nächsten Zeit noch ausscheiden, so ist auch darüber umgehend Mitteilung zu machen. Die Zweigvereinsvorstände werden hiermit ersucht, sich der Sache anzunehmen, damit spätere Mitteilungen un verzögert in die richtigen Hände kommen.

Der Verbandsvorstand.

Ergebnisse der örtlichen Verhandlungen.

In der Woche nach Ostern haben die örtlichen Verhandlungen zum Abschluss der Tarifverträge für das Baugewerbe begonnen. Nach dem Vorschlage der Unparteilichen, dem bei der letzten zentralen Verhandlung die Arbeitgebervertreter und später auch die Vertreter der Unternehmer zugestimmt haben, müssen sie bis zum 19. April beendet sein. Als Grundlage der örtlichen Verhandlungen dient das von den Unparteilichen festgestellte Vertragsmuster, so daß die Verhandlungen in der Hauptsache auf die Festlegung der Löhne und der Arbeitszeit für die Dauer des Vertrages, auf die Einstellung der täglichen Arbeitszeit und der Pausen und auf die Regelung besonderer örtlicher Verhältnisse beschränkt sind.

Dem Vertragsabschluss im Jahre 1910 hat der Bundesvorstand bekanntlich an seine Unterabteilungen die Weisung ergehen lassen, bei den örtlichen Verhandlungen keine Lohnherabsetzungen und keine Verkürzung der Arbeitszeit zu bewilligen. Dadurch wurden jene Verhandlungen zu einer Komödie, bei der nichts herauskommen konnte. Aus den bis jetzt vorliegenden Nachrichten über den Ausgang der örtlichen Verhandlungen läßt sich ersehen, daß der Arbeitgeberbund in diesem Jahre eine solche Anweisung nicht hat ergehen lassen. In den meisten Orten, wo Verhandlungen stattgefunden haben, haben die Unternehmer Lohnherabsetzungen und in einzelnen Fällen auch eine Verkürzung der Arbeitszeit angeboten. Allerdings sind die Lohnangebote in vielen Orten so niedrig, daß sie in Anbetracht der allgemeinen Lohnerhöhung durchaus unzulänglich sind. In vielen Orten, ja in ganzen Bezirken, haben die Unternehmer überhaupt jede Lohnherabsetzung abgelehnt. Hierzu gehören besonders die unter dem Einfluß der industriellen Schärferen stehenden Unternehmer Rheinland-Westfalens sowie die badischen Bauunternehmer. In Bayern fehlt es sogar nicht an einem Orte, wo die Unternehmer die Deckungslosigkeit befehlen, unsere Kollegen eine Lohnherabsetzung anzubieten.

Dieses Resultat wäre unmöglich, wenn die Unternehmer vieler Orte auch nur einen funken sozialen Bewußtsein hätten. Jeder einigermassen verständige Mensch muß sich doch sagen, daß bei der andauernden Vertiefung des Lebensunterhalts und der stetigen Unterbrechung des Geldes ein solches Verhalten der Unternehmer auf die Arbeiter geradezu aufreißend wirken muß. Der Versuch dieser Unternehmer, die sowieso schon elende Lage der Arbeiter noch elender zu gestalten, ist eine Frechheit sondergleichen. Zum Glück brauchen sich die Arbeiter eine solche Frechheit nicht gefallen

zu lassen. Sie pochen auf ihr Recht und werden sich dieses Recht, wenn es notwendig ist, mit Hilfe ihrer Organisation erkämpfen. Das mögen sich die Unternehmer gesagt sein lassen!

In vielen Orten haben die Unternehmer ihre ablehnende Haltung, mit der augenblicklich schlechten Konjunktur begründet. Das ist jedoch in den meisten Fällen lediglich ein Vorwand, der zu dem unsauberen Zwecke der Unternehmer eigens erfunden ist. Die Konjunktur für dieses Jahr zeigt schon als schlecht zu bezeichnen, ist durchaus nicht angänglich. Wenn sie gegenwärtig in manchen Orten schlecht ist, so liegt das nicht zuletzt daran, daß die Unternehmer viele Arbeiten künstlich zurückhalten, um dadurch die Stellung der Arbeiter zu verschlechtern. Räten sie das nicht, dann bräuchten Tausende unserer Kollegen nicht arbeitslos auf der Straße zu liegen. Dabei sieht jeder, der dem politischen und wirtschaftlichen Leben nicht blind gegenübersteht, daß noch im Laufe dieses Jahres ein harter Aufschwung der Konjunktur eintreten muß. Nicht nur wird die Realisierung der neuen Militärvorlage der Industrie und dem Baugewerbe viel Arbeit bringen, sondern auch die Beendigung der Balkanwirren und die notwendigen neuen wirtschaftlichen Einrichtungen der Balkanstaaten, die doch die während des Krieges vernichteten Werte wieder schaffen müssen, werden für die deutsche Industrie glänzende Arbeitsgelegenheit bringen. Wo aber die Industrie gut beschäftigt ist, da folgt auch für das Baugewerbe eine gute Konjunktur. Die Industriellen brauchen zur Herstellung ihrer Produkte neue Fabriken, die neu in Betrieb die von den Militärischen geforderten Soldaten müssen Kasernen und Festungen gebaut werden. Man verschone uns also gefälligst mit der Behauptung von der schlechten Konjunktur! Wirklich schlecht ist die Konjunktur nur in wenigen Orten, und auch dort wird sie sich noch im Laufe des Sommers bessern.

Nachstehend geben wir über die Ergebnisse der Verhandlungen, soweit uns darüber bis Montag, den 7. April, berichtet wurde, einen kurzen Ueberblick. Verhältnismäßig günstig sind die Verhandlungen im Bezirk Königsberg verlaufen. Abgesehen von Heideburg, Raguit und Tilsit ist in allen Orten, wo Verhandlungen stattgefunden haben, eine Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern erreicht worden. In Königsberg i. Pr. bewilligten die Unternehmer für die dreijährige Vertragszeit eine Lohnherabsetzung von 10 Pf für Maurer und 12 Pf pro Stunde für Bauhilfsarbeiter. Für die Maurer steigt der Lohn im ersten Jahre um 2 Pf, im zweiten um 3 Pf und im dritten um 5 Pf pro Stunde. Die Arbeitszeit wird von zehn auf neunehnfünf Stunden verkürzt. In Wehsan beträgt die Lohnherabsetzung für Maurer und Hilfsarbeiter 6 Pf, in Allenstein, Seilsberg, Insterburg und Passenburg für Hilfsarbeiter 6 Pf und für Maurer 5 Pf pro Stunde. In Gumbinnen erhalten die Hilfsarbeiter 6 Pf, die Arbeiter 5 Pf und die Maurer 4 Pf Lohnherabsetzung. In Unternehmern für Maurer und Hilfsarbeiter 5 Pf Zulage. Desgleichen in Willkallen, Stallupönen und Tapania für Maurer und Arbeiter 5 Pf. Die Unternehmer in Memel bieten für Maurer 4 Pf, die in Raguit und Tilsit für Maurer und Hilfsarbeiter 3 Pf, in Braunsberg für Maurer und Hilfsarbeiter 3 Pf, und in Heideburg für Maurer und Arbeiter 2 Pf. In Rabiau soll die wöchentliche Arbeitszeit um sechs Stunden, in allen anderen Orten um eine Stunde verkürzt werden.

Im Bezirk Bromberg verständigte man sich in Posen. Dort soll der Lohn für Hilfsarbeiter um 7 Pf und für Maurer um 5 Pf erhöht werden. Ratibodenarbeiter sollen 3 Pf Zulage erhalten. In Bromberg verständigte man sich im allgemeinen bis auf die Betonarbeiterfrage. Die Hilfsarbeiter sollen 6 Pf, die

Maurer 5 Pf Lohnherabsetzung erhalten. Nicht verständigt hat man sich in Obornitz, wo die Unternehmer eine halbstündige Arbeitszeitverkürzung mit 4 Pf Lohnherabsetzung unter Fortfall des Landgeldes boten. In Ratel und Mrochsch boten die Unternehmer 4 Pf, in Krausstadt, Samter, Schrimm und Bronke für Maurer 3 Pf und in Gnesen 2 Pf Lohnherabsetzung pro Stunde. In anderen Orten haben die Unternehmer entweder gar nichts oder nur 1 bis 2 Pf geboten. Dabei war natürlich eine Verständigung unmöglich.

Kehlich war es in einer Reihe von Orten in Pommern. In Pölitz, Altbamm, Pobejuch, Garz a. d. Oder, Greifenhagen und Fiddichow wurde resultatlos verhandelt, weil die Unternehmer entweder kein Angebot machten oder gar nicht anwesend waren. In Greifswald boten sie für Hilfsarbeiter 3 Pf und für Maurer 3 Pf in Stalhand für Maurer 3 Pf und für Hilfsarbeiter 2 Pf pro Stunde. In letzterem Ort zogen die Arbeiter eine Lohnherabsetzung von 8 Pf forderten. In Stettin boten die Unternehmer für Gesellen 5 Pf und für Hilfsarbeiter 3 Pf, auf eine Vertragsdauer von drei Jahren verteilt. Danach würde bis zum Jahre 1916 der Lohn für Gesellen auf 65 Pf und der für Hilfsarbeiter auf 47 Pf steigen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit haben die Unternehmer grundsätzlich abgelehnt. Eine Einigung ist nicht erzielt worden. Für das Vertragsgebiet Rönitz-Pasewalk-Jayuid haben die Unternehmer für Maurer und Hilfsarbeiter eine Erhöhung von 6 Pf pro Stunde, verteilt auf die Vertragsdauer, angeboten (Kalt- und Steinträger sollen mit 5 Pf über den Lohn der Hilfsarbeiter, der zurzeit 35 Pf beträgt, entlohnt werden). Dieses Angebot kompensieren die Unternehmer mit der Forderung der Verkürzung der bisherigen Landgeldzulage. Dadurch verringert sich das Angebot ganz allgemein um 3 Pf für die Hälfte der Orte des Vertragsgebietes. In Warth sind 3 Pf Lohnherabsetzung und 3 Pf Landgeld (bisher waren es nur 2 Pf) geboten. Gefordert werden 5 Pf. Der jetzige Lohn beträgt 47 Pf für Maurer und 37 Pf für Hilfsarbeiter. Für Grimmen und Trübses werden 3 Pf und das bisherige Landgeld von 4 Pf geboten. Hilfsarbeiter sollen vom Tarifvertrag ausgeschlossen sein. Für Nichtenberg-Franzburg werden 3 Pf und das bisherige Landgeld geboten, das 2 Pf beträgt. Hilfsarbeiter sollen mit 10 Pf unter dem Gesellenlohn in das Vertragsverhältnis aufgenommen werden, aber keine Landgeldzulage erhalten. In diesem Gebiet hat der „rühmlichst“ bekannt gewordene „Pommersche Bauarbeiterverband“ bei den Angeboten der Unternehmer Gewitter gestanden.

Erfürlich haben sich die Unternehmer in Schlesien gezeigt. In Breslau und Olag wurde ohne jedes Resultat verhandelt. In Helsenberg und Müllisch boten die Unternehmer für die beiden letzten Vertragsjahre 3 Pf, in Dels für 1914 und in Kreuzburg für 1915 1 Pf. Die Unternehmer in Namslau woller 1913 eine halbstündige Arbeitszeitverkürzung mit einem Ausgleichspennig gewähren und 1914 einen weiteren Pfennig zulegen. Für Dels wurde festgelegt, daß die Löhne der Hilfsarbeiter nicht mehr als 13 Pf (bisher 16 Pf) hinter denen der Maurer zurückbleiben dürfen.

Nicht weniger erbärmlich zeigten sich die Unternehmer in der Provinz Brandenburg. In Berlin, dessen Unternehmer dem Bund nicht angehören, erklärten sie, eine Lohnzulage wegen der schlechten Konjunktur nicht gewähren zu können. Das Einigungsamt unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz sprach dann den Arbeitern durch Schiedsrichter eine Lohnherabsetzung von 3 Pf, verteilt auf drei Jahre, zu. Das ist, selbst unter Berücksichtigung der augenblicklich immer noch sehr unglücklichen Konjunktur in Berlin, so wenig, daß die Ablehnung des Schiedspruches durch die Arbeiter sicher ist, zumal auch für Berlin in den nächsten Jahren eine Besserung der Konjunktur zu erwarten ist. Zu

Gefirtn und Neubamm boten die Unternehmer für Maurer 3 A für Hilfsarbeiter nichts. In Arnswalde, Dreifeln, Friedeberg und Landsberg a. d. W. lehnten sie jede Lohnerhöhung ab.

In der Provinz Sachsen ist in Magdeburg Aussicht auf Verständigung vorhanden. Dort besteht noch ein Durchschnittslohn von 58 bis 61 A für Maurer und 45 bis 49 A für Hilfsarbeiter. Die Unternehmer boten zunächst auf die dreijährige Vertragsdauer verteilt 4 A bei einer späteren Verhandlung 5 A. Die Verstärkung der Arbeitszeit lehnten sie ab. In Bernburg boten die Unternehmer 3 A in Halle a. d. S. erklären sie sich zur Einführung der neunzehnstündigen Arbeitszeit am 1. April 1914 und zur Gewährung eines Lohnausgleichs von 3 A bereit. Für das Landgebiet wollen sie im Durchschnitt 4 A bewilligen. Die Verhandlungen sollen am 16. April fortgesetzt werden.

Im Bezirk Erfurt ist in Jena bereits ein Vertrag abgeschlossen worden. Die Unternehmer haben eine Lohnerhöhung von 5 A für die Vertragszeit bewilligt, wovon 3 A schon in diesem Jahre gezahlt werden sollen. Dagegen sind die Verhandlungen in Erfurt und Weimar resultatlos verlaufen. Am 10. April soll weiter verhandelt werden. Bis jetzt liegen bestimmte Angebote nicht vor. In Jena boten die Unternehmer für 1913 2 A und für 1914 1 A. Die Verstärkung der Arbeitszeit und Zuschläge für die Spezialarbeiter lehnten sie ab. Die Rudolfsbader Unternehmer wollen 1914 2 A Zulage geben. In Saalfeld, Apolda und Rastha machen die Unternehmer kein Angebot. In den beiden letzten Orten soll nochmals verhandelt werden. Die Blankenburger Unternehmer boten dem Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeitern für 1914 2 A. Die Zimmerer sollen auch in diesem Jahre 1 A erhalten, damit sie auf die gleiche Stufe wie die Maurer kommen.

Im Bezirk Hannover boten die Unternehmer in Hildesheim 3 A; unsere Kollegen fordern 6 A. In der Stadt Hannover und in Wunstorf wurden 5 A gefordert und 2 A geboten. In Goslar und Salzhausen fordern unsere Kollegen 4 A, die Unternehmer wollen in Goslar 2 A und in Salzhausen 3 A bewilligen. Auch in Gronau, Neustadt und Sarstedt wurden 4 A gefordert, aber nichts bewilligt. Ebenfalls lehnten die Unternehmer in Einbeck, Göttingen, Klausthal, Münden, Northelm und Osterode eine Lohnerhöhung ab. In Lauterberg, wo bereits ein halbes Jahr getreift wird, wollen sie 3 A sofort und 1 A 1914 bewilligen. — Nachträglich wird noch gemeldet, daß die Unternehmer in Schneverdingen für Maurer und Hilfsarbeiter 6 A (3, 2 und 1 A), und in Soltan für jedes der drei Vertragsjahre 1 A bewilligt haben. In Winfen an der Lufe dagegen wollen sie nur für 1913 1 A und in Uelsen und Alneburg überhaupt nichts bewilligen.

Etwas mehr Einsicht und Entgegenkommen zeigten die Unternehmer teilweise im Bezirk Bremen. In Bremen haben wollen sie die Arbeitszeit um vorläufig eine Stunde und 1915 um weitere drei Stunden pro Woche verkürzen. Als Lohnerhöhung wollen sie insgesamt 8 A bewilligen. Davon sollen 4 A als Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung gelten. In Cuxhaven haben die Unternehmer gleichfalls 8 A Lohnerhöhung bei einer

halbständigen Arbeitszeitverkürzung pro Tag bewilligt. Auch hier sollen 4 A als Ausgleich gelten. In Delmenhorst boten die Unternehmer 9 A Lohnerhöhung für drei Jahre und die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde. Als man sich über die Verteilung der Lohnerhöhung nicht gleich einigte, zogen die Unternehmer ihr Angebot zurück. In Wilmshusen werden 6 A für das Feuerland in Schortens 7 A, in Sande 5 1/2 A und in Feyer 5 A geboten. In Bremen boten die Unternehmer 5 A. Am 10. April soll weiter verhandelt werden. Die Unternehmer in Wilschhausen boten 3 A, lehnten aber die Verstärkung der Arbeitszeit ab. 3 A bieten auch die Unternehmer von Stennum-Händlersee, wo unsere Kollegen 8 A fordern. Dagegen glauben die Unternehmer in Wilschhausen von unsern Kollegen die Verlängerung des jetzigen Vertrages auf drei Jahre ohne jede Lohnerhöhung verlangen zu können. Sie werden die Erfahrung machen, daß das nicht geht.

Recht kleinlich haben sich die Unternehmer in Mecklenburg gezeigt. In Kröpelin, Marlow, Ribnitz, Sülze und Teslin bewilligen sie für Maurer 3 A, in Döberan 2 A. Für Hilfsarbeiter boten sie in Marlow 3 A, in Kröpelin und Ribnitz 1 A. In Brunsbüttel machten sie überhaupt kein Angebot.

Im Bezirk Leipzig zeigten die Unternehmer von Chemnitz noch am meisten Entgegenkommen. Sie bewilligten für 1914 die neunzehnstündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 8 A (2, 4 und 2 A). 7 A boten die Unternehmer in Mittweida, 6 A in Wilschtein, Dahle, Gaitzsch, Leisnig, Nohwein, Jülich, Frankenberg und Deberan. In Dörfel, Strefla, Döbeln und Waldheim wurden 5 A, in Borna, Regau und Rötha 3 A und in Grimma für das Jahr 1914 1 A geboten. Die Leipziger Unternehmer boten nur 4 A; die Verhandlung soll aber am 5. April fortgesetzt werden.

Mit am einsichtlossten zeigten sich die Unternehmer in einer Anzahl Orte Bayerns. In München verließen die Verhandlungen resultatlos. Am 19. April, dem Tage, wo die örtlichen Verhandlungen beendet sein sollen, will man nochmals zusammentreten. Bis dahin wollen die Unternehmervertreter mit ihren Mitgliedern wegen einer Lohnerhöhung „Mißsprache nehmen“. In Reichenhall, Wiesbach und Schliersee wurden 2 A geboten und in Rosenheim, Wasserberg und Miling für 1914 eine Lohnerhöhung in Aussicht gestellt. Für diese „Aussicht“ möchten die Unternehmer die ausfallenden Arbeitsstunden vor den hohen Preiszügen, die bisher bezahlt wurden, in Zukunft nicht mehr bezahlen.

Im Bezirk Nürnberg forderten unsere Kollegen in allen Orten, wo Verhandlungen stattgefunden haben, für die Vertragsdauer eine Lohnerhöhung von 7 A. Ein nemenswertes Angebot haben nur die Unternehmer in Neustadt a. d. Aisch mit 6 A und in Weiskirchen mit 5 A gemacht. In diesen Orten ist man bis auf Kleinigkeiten einig. In zehn andern Orten, darunter Nürnberg, boten die Unternehmer 3 A, in vier Orten, darunter Erlangen, für 1914 und 1915 je 1 A. Auch in Ansbach wurde für 1914 und 1915 je 1 A geboten und die Verteilung einer unteren Lohnklasse zugestanden. In drei Orten sind die Unternehmer zur Verstärkung

der wöchentlichen Arbeitszeit auf 59 Stunden bereit, in allen andern Orten lehnten sie die Verstärkung der Arbeitszeit ab. Den Gipfel der Resistenzlosigkeit haben die Unternehmer in Altdorf erlernt. Sie schämten sich nicht, den Maurern die Herabsetzung des Lohnes von 50 A auf 45 bis 50 A und den Hilfsarbeitern von 36 A auf 32 bis 38 A anzubieten! Bei den Verhandlungen in Hof haben unsere Kollegen für alle um Hof liegenden Wohngebiete einen einheitlichen Lohn verlangt. Das lehnten die Unternehmer ab und boten für Hof, Schwanenbach a. d. S., Schwanbach, Neuhau, Marktredwitz und Selb 2 A, für Oberkotzau und Kirchengamig auf drei Jahre 1 A. In Selmsrechts und Wunsiedel sind die Unternehmer nicht zur Verhandlung erschienen. In Bayreuth haben sie 6 A (2 A für jedes Vertragsjahr) geboten. Hier hat man sich bis auf die Frage der Akkordarbeit geeinigt. In dem ganzen Gebiet hat der Unternehmer Rupp-Nürnberg alles getan, um es nicht zur Einigung kommen zu lassen.

Nicht einsichtsvoller als im rechtsrheinischen sind die Unternehmer im linksrheinischen Bayern und im Saargebiet. Nur in Gomburg boten sie 4 A. In Pirmasens, St. Ingbert und Zweibrücken lehnten sie eine Lohnerhöhung ab.

Im Bezirk Frankfurt a. M. ist es nirgends zu einer Verständigung gekommen. Die Unternehmer sind dort noch einsichtloser und knickeriger als in Bayern. Am meisten haben sie noch in Januar mit 4 A für Maurer, Hilfsarbeiter und Erdarbeiter geboten. Ebenfalls 4 A für Maurer und Hilfsarbeiter boten sie in Widenen und außerdem für Hilfsarbeiter in Groß-Auseim. Den Maurern wollen sie in letzterem Ort 1 A gewähren. 2 A haben die Unternehmer für Maurer und Hilfsarbeiter in Mainz und Frankfurt a. M. geboten. In Offenbach-Bürgel wollen sie 1 1/2 A, in Wilschhausen, Lohr a. M., Cassel, Darnstadt, Gießen, Mühlheim a. M., Groß- und Kleinsteinheim, Gießen, Stamm, Gaußen-Obersthausen und Weklar 1 A bewilligen. In Friedberg, Bad-Nauheim, Ruybach, Gumbach, Willel, Gerolshausen, v. d. S., Höchst a. M., Griesheim, Sindlingen, Langen, Spremlingen, Neuziendorf und Pfungstadt haben sie jede Lohnerhöhung abgelehnt. Das sieht den unter Kaiser's Einfluss stehenden Unternehmern ähnlich!

Für Baden wurde in drei Bezirken verhandelt, und zwar für Freiburg, Lahr und Lorrach in Freiburg, für Karlsruhe, Pforzheim und Baden-Baden in Karlsruhe, und für Heidelberg, Leimen, Neckargemünd und Weiskirchen in Heidelberg. Die Unternehmer lehnten planmäßig jedes Zugeständnis ab; die von Baden-Baden und Weiskirchen waren nicht einmal zu den Verhandlungen erschienen. Es scheint, als ob die Herren die Arbeiter mit Gewalt prozoozieren wollen.

Empörend ist das Verhalten der Unternehmer in Rheinhalden-Wesfalen. Die Herren von Rheinischen, Bergischen und Westfälischen Arbeitgeberverband haben beschlossen, in allen Fragen gemeinsam zu handeln und keine Zugeständnisse zu machen, die nicht vorher von allen drei Verbänden beschlossen sind. Die unter dem Einfluß der großindustriellen Scharfmacher stehenden Unter-

Von der Entwicklung des Gewölbebaues*

Die neueste Altersforschung hat festgestellt, daß kleinere Deden und Bögen aus rotergestrichen behauenen Keilsteinen bei allen Kulturvölkern schon 8000 Jahre v. Chr. bekannt gewesen sind. So hat man in Deberan in Ägypten 6 Fuß breite Bögen gefunden, die mit Tonmengenböden aus Leinen von Westphalen aus ungebranntem Ton überdeckt sind. Eine Beschreibung wendet die alten Ägypter bei der Beschreibung ihrer Gewölbe nicht an. Im Gewölbebau der frühen christlichen Baukunst, an dem sogenannten Marthia-Kanal zu Graviscaio haben bereits die Römer 1,524—1,829 m Höhe. Ihre Entdeckung verlegt man in den Anfang des 7. Jahrhunderts v. Chr. Einem andern berühmten Kanal, der als hölzernen Tonmengenböden mit 8 Reihen von behauenen Keilsteinen im Anfang des 6. Jahrhunderts v. Chr. hergestellt ist, besitzt Dion. Cr. hatte die Bestimmung, das Forum und andere niedrig gelegene Teile zu entwässern, und ist heute noch im Gebrauch. Bekannt ist er unter dem Namen der cloaca maxima mit einer Breite von 3,25 m und einer Höhe von 3,66 bis 4,27 m. Jede Keilsteinreihe hat eine Höhe von 0,76 m, auch freistehende, sehr schön ausgeführte Vorbögen der etruskischen Baukunst sind auf unsere Zeit überkommen, so zum Beispiel der Zinnenbögen zu Perugia, der aus großen Blöcken von Travertin ohne Mörtelbau erbaut worden ist. Eine andere Art der Ausführung von Gewölben war den Römern seit dem 5. Jahrhundert bekannt. Der römische Schriftsteller Vitruv beschreibt deren Herstellung folgendermaßen: „Eiserne Stäbe oder Bögen, zwei Fuß auseinander liegend und mit eisernen Ketten an einem darüber befindlichen hölzernen Rahmen aufgehängt, tragen nebeneinandergelegte

Ziegel. Die Jüngen sind oben mit Haarlehm verstrichen und die untere Seite ist zunächst mit gestricheltem Ziegel und Lehm verputzt und dann mit einem Sturz- und Kaltbezug fertig gemacht.“

An Gewölbeformen hat uns die römische Baukunst deren vier verschiedenartige überliefert, nämlich erstens das runde kreisförmige, wobei sich Zonen von gleicher Breite und Höhe über quadratischen Grundriss rechtwinklig schneiden — ferner das elliptische Kreuzgewölbe, also ein überhöhtes Rundbogengewölbe, womit man z. B. in den großen Thermenanlagen Säle von 25 x 65 m Höchstmaß überspannt hat — und schließlich das Stuppelgewölbe, ebenfalls jenseit in den Wäldern in der römischen Kaiserzeit angewendet.

Als römischen Gewölbebauarten beruhen auf einer ebenso einfachen als inneren Konstruktion. Man stellte Querschnitte aus acht Diagonalarbeitern mit 2,16—5 cm Stärke und ferner 68 auf 14 cm Seitenlänge aufwiesen. Die Rippen, die unter sich in kurzen Abständen durch horizontal eingepaßte des Gewölbes, bei dem nur die Steinmauerwerk in der Form mit einer halbkugelförmigen Masse aus Kalt, Puzzolanerde und Gesteine nachträglich ausgegossen wurden. Kleine Zeit genügt, als Stuppelmauerwerk hergestellt. Die ältere Art großen Vorteil, daß bei den beträchtlichen Spannweiten an dem gemauerten Gewölbe nur weniger erfahrener Mauerer billigen Arbeitsmaterial an nachträgliche Ausfüllung von dem genommen werden konnte. Und dann hat dieses Stuppelmauerwerk im Gewölbe noch den nicht zu unterschätzenden Vorteil, daß bei den großen Spannweiten absolut keinen seitlichen Druck ausübte. Hierzu trug der natürliche hydraulische

Mörtel aus Kalt und Puzzolan, der ganz vorzügliches Bindemittel bedarf, nicht wenig bei. Ihm verdankt die Nachwelt in der Bauphilosophie das, was sie an erhaltenen römischen Bauwerken in Italien noch vor Augen hat.

Bei allen römischen Gewölbeausführungen, insbesondere bei solchen auf italienischem Boden, kam es den Erbauern auf Wasserentwässerung von Material für Widerlager, Stützen und römische Bauweise in Bayern einschneidenden Wandel, indem sie die Erfahrungen der uralten orientalischen Baukunst weiter ausbaute. Bögen in Barockform und in gedrückten Stützen haben wir ganz aus Bausteinmaterial ohne Gussmauerwerk nach allen Regeln der Baukunst ausgeführt, deren Gussmauerwerk deutlich erkennen lassen. Neben überhöhten Kreuzgewölben mit halbkreisförmigen Diagonalarbeitern sehen wir hier zum ersten Male die Aufgabegestalt, eine vierfache Grundrissform mit einer Stuppel zu überspannen, während in Grundrissform möglich war.

Aber trotzdem weiß auch die Nachwelt nach dem ersten 200 Jahren der Kaiserzeit niedergebende römische Baukunst auf italienischem Boden, die sogenannte altchristliche Kunst, an ihren geringeren Leistungen den Stuppelbau der Zentralformen eine wertvolle Beilage aus der Zeit zu verstehen. Wir erkennen dies zum Beispiel aus der um das Jahr 440 ursprünglich errichteten Mittelbau mit vier sich darauf aufstühenden Genden als Zentralraum aufweist, wobei die leicht konstruierte Stuppel dem Gegenstand überhöhter Mantelform erhalten hat. Und strebt man, ein ganzes Ensemble von Stuppeln und Stuppelstützen mit rechtzeitiger Grundrissform zu vereinigen, bis dann dieser neuen Gedanke in der Sophisticirtheit durch Kaiser Gullianus (652) seinen vollkommensten Ausdruck gewann. Hier ist die Stuppelstütze sehr hoch gewölbt, hat 32 m Durchmesser und steigt

* Wir entnehmen diese Darlegungen dem Handbuch des Bauwesens von Professor Paul Schmidt, das wir in dieser Nummer unter „Eingegangene Schriften“ kurz besprochen haben.

nehmer Rheinland-Westfalens befolgen also diesmal das Spiel von 1910 auf eigene Faust. In der Verhandlung in Warmen...

Zur Lohnbewegung im Gipsergewerbe.

Während die Bewegung im allgemeinen Baugewerbe Südbayerns durch das Verhalten der Unternehmer nicht vom Flecke kommt, geht es in der Stadt- und Gipsbranche rasch vorwärts. In Stuttgart ist die Arbeitszeit...

Für Karlsruhe hat das Schiedsgericht unsere Kollegen ebenfalls eine halbstündige Arbeitszeitverlängerung...

Offene Worte.

III.

Im vorigen Artikel sagten wir von der Sterbeunterstützung, daß die bei ihr vorgenommene Kürzung der Zuschläge durch die schnellere Steigerung, die die neue Staffeltung bringt, ausgeglichen, ja vielleicht mehr als ausgeglichen sei.

Sterbeunterstützung in Marl.

Table with columns for 'Beitragsstellen' (1-12) and 'Sterbeunterstützung' (1-12) for various years (1909-1912).

Wenden wir uns nun den Beschlüssen des Verbandstages zu, die, zusammen mit den besprochenen Änderungen in Unterstützungsweisen, den lebhaftesten Widerspruch hervorgerufen haben...

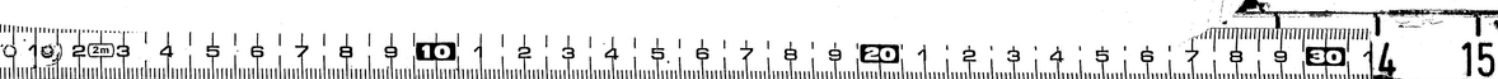
beitsverdienst als vergleichbare Größe ein und versuchen dann eine Regel dafür zu finden, wie weit sich das Gehalt der Angestellten von dem korrespondierenden Arbeitsverdienst entfernen kann.

Es ist nun klar: beruht die Tätigkeit des Angestellten auf diesen Fähigkeiten, so müssen diese auch maßgebend für die Bezahlung sein, die man ihm gewährt. So wollen es die ökonomischen Gesetze, die in unserer Gesellschaftsordnung maßgebend sind.

aus vier mächtigen Erpfelsteinen mit sogenannten Pandontis bis zu einer Höhe von 65 m über den Fußboden empor. Ihre Verstellung geschah nach morgenländischen Gebräuchen ohne Unterstützung aus freier Hand.

Regeln zu Grunde legte. Diese fanden weiteren Ausbau zunächst in Frankreich, wo sich der gelehrte Abt Suger bemühte, das vorhandene Gewölbeschichten der größten Zweckmäßigkeit auszuweisen...

aus im 16. Jahrhundert über die andern jenseitigen Länder. Auf dem Gebiete des Gewölbebaues hat sie insofern neues geschaffen, als sie mit dem vorher betrachteten mittelalterlichen das antike Rundbögen vollständig brach und an seine Stelle wieder...



kennt, daß auch in die Erwaßenen durch Coent-
fieren, Festreden und Denkmäler derselbe Geist hinein-
getragen wird, so darf es uns nicht wundern, daß der
Krieg als Kulturhebel und Entwicklungsfaktor betrachtet
wird. Und doch ist es eine Tatsache, daß der Krieg wohl
Werte und Kulturgüter zerstört, aber daß er nichts
neues schaffen kann; nur die friedliche Tätigkeit kann
neue Werte schaffen. Um das Uebel noch zu ver-
schlimmern, wird auch die Naturwissenschaft in unsern
Schulen mangelhaft betrieben, insofern der Unterschied
zwischen tierischer und menschlicher Entwicklung nicht
genügend hervorgehoben wird; es wird auch verab-
säumt, auf die schon in den Tieren vorhandenen sozialen
Instinkte und auf die in verschiedenen Tiergruppen er-
kennbare soziale Moral hinzuweisen.

Aus dem Baugewerbe.

Konjunkturden. — Die Deutsche Bank über die Verhältnisse
am Grundstücksmarkt. — Bericht der Bayerischen Handels-
bank. — Eine halbe Milliarde Ausfall an neuen Mitteln
für den Baumarkt. — Zurückhaltung von Bauten und Ver-
steigerung des Geldmarktes. — Der Abschluß der Heilmannschen
Immobilien-Gesellschaft in München. — Hypothekenversicherung.
— Die Aktiengesellschaft für Bauausführungen in Berlin über
die Lage des Baugeschäfts. — Zusammenfluß im Berliner
Baumaterialienhandel. — Neue Gründungen in der Zement-
industrie.

Seit großer Warten und industrieller Gesellschaften
äußern sich in den Generalversammlungen bei ihren Ver-
richten gewöhnlich auch eingehender über die Konjunktur.
Im vergangenen Jahre hat eine derartige Konjunkturbe-
richt des Direktors der Deutschen Bank, v. Guinmer, lebhaftes
Aufsehen erregt, weil sie pessimistisch klang und ein herzu-
nahendes Ende der Hochkonjunktur als wahrscheinlich be-
zeichnete. Da sich auf manchen Wirtschaftszweigen diese
Entwicklung nicht bald geltend gemacht hatte, sondern eher
hier und da das gerade Gegenteil eintrat, ist die
Vorhersage des Direktors der Deutschen Bank bespöttelt
oder auch scharf kritisiert worden, obgleich eine Nach-
betrachtung sein damaliges Urteil heute doch nicht als
grundlos erscheinen läßt. Auf die Voraussage des Wirt-
schaftsweleters scheint Herr v. Guinmer zunächst verzichtet
zu wollen, denn in der diesjährigen Generalversammlung
seines Instituts hat er auf die Anfrage eines Aktionärs
recht ausweichende Antworten gegeben. So erklärte er,
daß es unmöglich sei, vorauszusagen, wie sich die Ver-
hältnisse am Grundstücksmarkt gestalten
werden; er lehnte aber hinzu, im ganzen gelte auch für den
Bau- und Terrainmarkt der Erfahrungssatz, daß, je
schlechter es in einem bestimmten Geschäftszweig gegangen
sei, desto größer die Möglichkeit und um so berechtigter die
Hoffnung sei, daß es auch wieder besser wird.

Ist die Deutsche Bank, das größte deutsche Finanz-
institut, an der Bau- und Terrain speculation in vielen
deutschen Großstädten direkt oder indirekt beteiligt, so hat
die Bayerische Handelsbank als Hypothekensinstitut für
den Baumarkt Süddeutschlands eine große Bedeutung.
Die Berichte vom Baumärkte, schreibt die Verwaltung des
süddeutschen Instituts, lauteten während des größten Teils
des Jahres im allgemeinen recht günstig. Von allüberallher
— mit Ausnahme einiger Plätze, wo, wie in Berlin, schon
längere soziale Krisen herrschten — wurde gute Beschäftigung
gemeldet. Dies konnte aber doch kein erquickendes Bild
von der wirklichen Lage geben, denn an den meisten Plätzen,
so auch in München, arbeitete man noch fleißig an der
Herbststellung der zahlreichen, im Jahre 1911 begonnenen
Bauten. Die Finanzmaßnahmen neuer Unternehmungen ließ
aber mit der wachsenden inneren Versteigerung des
Geldmarktes bereits seit Beginn des Jahres nach und
hat seit dem Herbst nahezu vollständig aufgehört; da aber
vorausichtlich auch die nächste Zukunft keine erheblichen
Mittel für solche Zwecke bringen wird, so ist zu befürchten,
daß dieser Stillstand auch im laufenden Jahre mehr oder
minder anhalten wird. Allein durch den Mindereinsatz an
Hypothekenspendbriefen entgingen der Bautätigkeit mehr
als 80 Millionen Mark. Die Minderung des Gesamt-
umsatzes der deutschen Sparbanken wird auf circa 250 Milli-
onen Mark geschätzt, und da sich gleichzeitig diese Institute
zur Erhöhung ihrer Bestände in Staatspapieren betan-
geln, wird auch dieser Betrag in der Hauptsache der Hypo-
thekensanfrage entzogen worden sein; weil mehr als
eine halbe Milliarde beträgt demnach der
Ausfall an neuen Mitteln, den das Bau-
gewerbe allein von diesen beiden Stellen
erfuhr; dazu kommt die Einschränkung, die sich die Ver-
sicherungsunternehmungen bei der Hypothekengedächung
auferlegen müssen, und endlich das Ausschleichen der Bau-
aufträge zahlreicher Kommunen, die aus naheliegenden
Gründen in der nächsten Zeit ihre Bauhaltung möglichst
werden einschränken müssen. Mit diesen Faktoren ist für
das Jahr 1913 zu rechnen; sie werden für die Dauer wohl
kaum ohne Einfluß auf das Fortbestehen der Hochkonjunktur
bleiben können.

Zu erwähnen vergißt der Bericht allerdings, daß die
Zurückhaltung von Bauaufträgen nicht nur
wegen der schwierigen Geldverhältnisse erfolgte, sondern zu
einem Teile auch gewissen Absichten aus Unternehmer-
kreisen bei den gegenwärtigen Tarifverhandlungen ent-
spricht. Ebenso muß immer wieder hervorgehoben werden,
daß bei den gewiß äußerst bedeutsamen Wirkungen der
schwierigen Geldverhältnisse gerade in den Bezirken, in
denen die Baumarcktlage kritisch ist, auch bei besserer Geld-
marktverfassung eine regere Bautätigkeit nicht eingetreten
wäre, es sei denn, daß die Lieber speculation dort noch
weiter treibhausmäßig hochgetrieben worden wäre.

Vorteilhaft unterzeichnet sich die Stellungnahme der
Bayerischen Handelsbank zu der Frage der Verbilli-
gung des Baugeldes von der Haltung anderer
am Terrain- und Baumarck interessierter Finanzinstitute.
Zur Herbeiführung einer Verbilligung des Anleihe-
landes, betont sie, sind einerseits alle Maßnahmen geeignet,
die die Ausschüttung durch mögliche Einschränkung der
damit verbundenen Risiken, durch Ausbau des Entleiher-
rechtes und anderes erreichen, andererseits kann nur eine
weitschauende Grundstücks politik der Ge-
meinden, die diesen zeitweilig die nötigen Grund-
stücke liefert, jede sogenannte Ringbildung hindern und
später überall preisregelnd eingreifen; sie kann ihren Zweck
aber nur dann vollständig erreichen, wenn sie nicht nur
durch eine die weiträumige Bewahrung begünstigende Ver-
kehrspolitik, sondern auch durch zweckmäßige und
reichliche Abgabe billigen jastaligen
Grundbesitzes unterstützt wird.

Kleinlich wird der Versuch der Heilmannschen
Immobilien-Gesellschaft in München, die für
1912 gegen 1911 einen Rückgang des Reingewinns von
M 381 615 auf M 176 478 ausweist, die Lage des Immo-
bilienmarktes nach bestimmten Maßstab in der Hauptstadt
auf die Wertzuwachssteuer zurückzuführen. Dagegen wird
man der Bemerkung der Gesellschaft in ihrem Geschäfts-
bericht zustimmen müssen, daß eine Wohnungsreform auf
dem Papier keinen Zweck hat. Aber das Wesen einer nicht
nur papiernen, sondern lebendigen Wohnungsreform kann
nicht, wie die Gesellschaft annehmen scheint, allein durch
ausreichende Verpfändung zweiter Hypotheken bestimmt
werden. Zur Behebung der Notstand in der Wohnung
der zweiten Hypotheken wird jetzt auch die Hypotheken-
versicherung in Vorschlag gebracht. Die Versicherung-
gesellschaft soll den Gläubigern die Sicherheit der Hypo-
thekenzinsen und der Amortisationsquoten garantieren und
ferner die Ausbietungsgarantie der ganzen Hypothek im
Falle einer Zwangsversteigerung übernehmen. Wäre diese
Form der Versicherung ohne weiteres allgemein durchzu-
führen, so würden in der Tat die Schwierigkeiten in der
Verpfändung zweiter Hypotheken rapid schwinden. Aber
zur Lösung der ihr zugehörigen Aufgaben müßte die
Hypothekensicherung in zwei verschiedenen Fällen und in
kritischer Gesamtsituation außerordentlich hohe Prämien
nehmen, wenn sie nicht der angegebenen Verhältnisse
nicht vorzuziehen sollte, was wahrscheinlich würde sie es vor-
ziehen, auf jede Tätigkeit zu verzichten. Dabei ergibt
sich, daß die risikolosen zweiten Hypotheken auch bei der
Erstigung einer Hypothekensicherung nicht zu erlangen
wären, während für wirklich gute und sichere zweite Hypo-
theken nur minimale Prämien gezahlt werden würden, da
für derzeitige Hypotheken eine Versicherung überhaupt
überflüssig wäre. Durch die Diskussion über die Hypotheken-
versicherung wird die Aufmerksamkeit nicht allein durch die
Gefahr, daß die Hypothekensicherung nicht allein durch die
Geldklemme heraufgehoben ist, sondern in vielen Städten
besteht, die die Gefahr von Verlusten für zweite Hypotheken
auf sehr unsicheren Anlagen gemacht hat. Viel Verwirrungs-
punkte hat die Hypothekensicherung mit der Mietsverhül-
terversicherung, die eben ihren großen Mißerfolg erlitt.

Hoffnungsvoll wird die Situation von der Verwaltung
der Aktiengesellschaft für Bauausführun-
gen in Berlin, deren Abschluß wir bereits mitgeteilt
haben, angesehen. Der Vorsitzende hob in der General-
versammlung hervor, daß die jetzt ganz abnormen Verhält-
nisse im Baugeschäft in ganz kurzer Zeit ihre Ende erreichen
müßten. — Zu einem Unternehmern haben sich im Berliner
Bau- und Materialienhandel eine Reihe älterer Firmen zu-
sammengeschlossen, die Firmen W. Mannheimer, A. Auf-
mann, Max Koch, Fritz Würzburg, Hans Tauber und
Vereinigtes Steinhändler G. m. b. H. Durch
die Vereinigung hofft man wesentliche Ersparnisse und einen
höheren Absatz zu erzielen.

Mit der Rentabilitätssteigerung in der Zementindustrie
nach der Erneuerung verfallener Zementfabriken macht
sich auch wieder die Neigung zu Gründungen neuer
Zementfabriken bemerkbar. So entstand in der
Provinz Sachsen ein neues Zementwerk unter der Firma
„Portland-Zementwerk Jarzbach G. m. b. H.“ mit dem
Sitz in Kleinburg a. d. S. fernere verbunden sich eine Anzahl
Kalkwerke Oberpfälzens, und zwar die Kalkwerke der
Firma James Weid in Larnowitz, die Firma S. Silber-
mann in Rakko und die Kalkwerke Marcinlegen der Firma
Krause & Jehmann in Rakko zu der Gesellschaft Vereinigte
Kalkwerke Kalkwerke G. m. b. H. Das neue Unternehmen
wird gleichfalls eine größere Zementfabrik errichten.

Wohnungsnot in Frankfurt a. M.

Um über die Ursache und Wirkung der Wohnungsnot
und über die Mittel zur Abhilfe bestimmte Anhaltspunkte zu
gewinnen, haben das Institut für Gemeinwohl,
das Soziale Museum, der Verein für Förderung
des Arbeiterwohnungsbaus und
verwandte Bestrebungen und der Deutsche
Verein für Wohnungsreform in Frankfurt a. M.
gemeinsam Untersuchungen veranstaltet. Befragt wurden insge-
samt zwölf Personen, davon zwei Baumeister, ein Architekt,
ein beliebiger Stadtrat und ein städtischer Ingenieur, ein
Kalkler, zwei mit den einschlägigen Fragen aus der Praxis
besonders vertraute Richter, zwei Rechtsanwälte, die in den
einschlägigen Fragen besondere Erfahrung aufweisen, ein
Hypothekendarsteller und der Geschäftsführer einer Ver-
mietungs-Gesellschaft. Ferner wurden die Verfassungen des
städtischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M. nach Möglich-
keit herangezogen. Da seit 1885 eine städtische Aufnahme
über die Mietpreise in Frankfurt a. M. nicht mehr vor-
genommen wurde, so war man auf Gutachten von Sach-
verständigen angewiesen. Es ist eigentlich recht auffällig,
daß eine Stadt wie Frankfurt a. M. in einem Zeitraum
von 17 Jahren keinerlei Feststellungen über die Höhe der
Mietpreise gemacht hat. Über der Stadtverwaltung wird es
auch so nicht unbekannt geblieben sein, daß Frankfurt beim
Wohnungsbauher an der Spitze marschiert, und daß die
frühere Verwaltung daran zum guten Teil mit schuldig ist.

Nach den Angaben der Sachverständigen müßten in den
letzten Jahren folgende Mietpreise bezahlt werden: für eine
Zweizimmerwohnung mit Küche M. 480—540, für eine Drei-
zimmerwohnung und Küche M. 600—680. In den engen läst-
lich und luftarmen der Altstadt kosten Zweizimmerwoh-
nungen M. 300—360 jährlich; es ist jedoch eine ganze
Anzahl von Häusern, die rentieren sich. Wie stark der
Wohnungswert ist, ergibt sich aus einer Aufstellung des
städtischen Amtes. Danach wurden 1910 9580
Dreizimmerwohnungen bezogen und 7035 verlassen, 7287
Dreizimmerwohnungen bezogen und 6879 verlassen. Von
den in Betracht kommenden bezogenen Zweizimmerwohnungen
kosteten 854 pSt. unter M. 350, 243 pSt. unter M. 350—400
und 487 pSt. über M. 400. Von den verlassenen Zwei-
zimmerwohnungen kosteten 254 pSt. unter M. 350, 24,7 pSt.
über M. 350—400 und 461 pSt. über M. 400. Von den
bezogenen Dreizimmerwohnungen kosteten 28 pSt. unter M. 600,
88 pSt. über M. 600—680 und 88 pSt. über M. 600. Von den
verlassenen Dreizimmerwohnungen kosteten 34 pSt. unter
M. 600, 89 pSt. über M. 600—680 und 26 pSt. über M. 600.
Aus dieser Aufstellung ist ersichtlich, daß bedeutend mehr
Wohnungen bezogen als verlassen wurden, daß demnach die
Herstellung neuer Wohnungen erheblich gewesen sein muß.
Die Mietpreise in Frankfurt a. M. gehören mit zu den
teuersten Deutschlands und stehen in einem sehr unglücklichen
Verhältnis zu dem Einkommen der Arbeiter. Außerdem sind
die hohen Wohnungspreise eine treffliche Widerlegung der
alten Lehre, die hohen Mietpreise würden durch die hohen
Lohnsätze für Bauarbeiter verschuldet. In Frankfurt a. M.
sind die meisten der jetzt vermieteten Wohnungen noch bei
recht niedrigen Arbeitslöhnen hergestellt. Und auch heute
sind die dortigen Löhne durchaus nicht zu den höchsten in
Deutschland zu rechnen; trotzdem sind die Mietpreise die
höchsten.

Nach einer Statistik, die das städtische Rechnungamt im
Jahre 1911 aufstellte, waren in der Stadt, außer den Stadt-
teilen Bockenheim, Oberndorf, Niederndorf, Seckhof und den
eingemeindeten Bezirken, 79 026 Wohnungsinhaber zur Staats-
einkommensteuer veranlagt. Davon hatten 65 pSt. ein Ein-
kommen unter M. 1800 jährlich. Die Wohnungen bis zu drei
Zimmer umfassen 69,8 pSt. der Gesamtzahl. Beide Zahlen
decken sich also fast miteinander. Das Ergebnis ist aber ein
riesiges Mißverhältnis zwischen dem zu zahlenden Wohnungs-
preis und dem Einkommen. Da man das Durchschnitts-
einkommen der Familien unter M. 1800 mit M. 1300—1400
annehmen muß, so liegt fest, daß sie ein Drittel bis zwei
Fünftel ihres Einkommens für Miete ausgeben müssen. Unter
solchen Umständen muß die Arbeiterfamilie entweder ständig
an notwendigen Lebensbedürfnissen sparen oder auf Neben-
erwerb ausgehen. Der Nebenverdienst ist in der Regel Auf-
gaben vernachlässigen muß, um eine Puffstelle anzuschaffen; oder
die durch Zimmervermieten den Versuch macht, die eigene Miete
nieder bekommen. Wer Glück hat und solche Puffstellen
bekommt, kann dadurch vielleicht die Hälfte der Miete
aufbringen. Wer Unglück hat und um das Logisgeb
bezogen wird, stellt dabei noch etwaige geringe Ersparnisse
zur Verfügung. In vielen Fällen bedeutet das Verschlagenernehen neben
der gesundheitlichen auch eine sittliche Gefahr, da die
Familienangehörigen dadurch um so mehr in enge Räume

zusammengebrochen werden. Jedemfalls besteht in Frankfurt a. M. die Tatsache, daß eine Anzahl fleißiger, stän-

zu der Untersuchung über die Ursachen der Wohnungs- teuerung und des Wohnungsmangels kamen

Sie wird also von den Sachverständigen für den Zeit- raum eines Jahrzehnts eine Steigerung des Bodenpreises

Lezten Endes waren es dann nach Ansicht der Sach- verständigen die gestiegenen Baukosten, zu denen auch die

Ferner lassen die Sachverständigen eine sehr wichtige Ursache der Zuerung in dem Umlande, daß die meisten Häuser mit Kleinwohnungen von wenig leistungsfähigen

schadlos zu halten. Den Bauarbeitern ist ja allgemein be- kommt, was für Geschäfte da oft gemacht werden.

Zu den allgemeinen Ursachen der Steigung in Wohnungs- bau sollen dann noch die besondere Situation in Frankfurt

Es wird für die Stadt sehr schwer sein, die früheren Verwaltungsünden wieder gutzumachen. Immerhin muß anerkannt werden, daß im Laufe der letzten Jahre mit und ohne

Ein weiterer Vorstoß will eine stärkere Ansiedlung der Arbeiter in den umliegenden Orten. Letzteres ist er für

Arbeiterferien.

Für die besitzenden Klassen gilt es als etwas ganz Selbstverständliches, daß ihre Angehörigen alljährlich zur

Für die Handarbeiter sind Ferien bis in die neueste Zeit sehr selten gewesen. Erst in den letzten Jahren sind hier größere Fortschritte erreicht worden.

Früher, so wird in der Schrift ausgeführt, galt der Grundgedanke allgemein, daß nach einer Zeit angestrengter

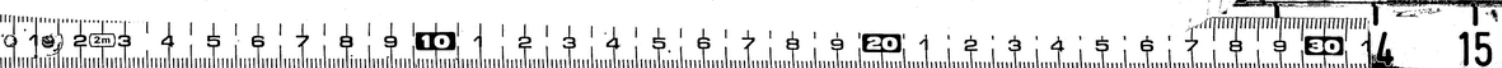
Arbeit, eine Zeit der Ruhe eintreten müsse, um dem er- matten Körper und Geist Erholung zu gewähren. Selbst die Sklaven im Altertum hatten freie Tage, und die zeit- lichen Feiertage der mittelalterlichen Kirche dienten dem gleichen Zweck.

Dies der Sinn der beiden ersten Kapitel der Vorrede. Es wird dann auf den großen Wert der Arbeiterferien für die Arbeiterergundheit hingewiesen.

Diese vernünftige Ansicht hat das Unternehmertum natürlich nur, soweit es sich um Unternehmer handelt. Zwar gibt man auch die Möglichkeit von Arbeiterferien zu; aber man beurteilt diese Ferien nicht nach dem Wert,

Von jenen Industriellen, die Ferien eingeführt haben, wird angegeben, daß sie in ihrem eigenen Interesse getan haben. Da sie die Feriengewährung und die Länge der Ferien von der Zahl der Jahre abhängig machen, die der Arbeiter im Betriebe beschäftigt ist, so ist es ihnen

Der Zentralverband deutscher Industrieller beirätet also die Einführung von Arbeiterferien als ein Mittel, die Arbeiter noch mehr als jetzt unter die Vollmäßigkeit der Unternehmung zu stellen.



Umfang benutzt die Firma, um durch Verhandlungen mit den einzelnen den Preis gehörig zu drücken. Im diese zu verbieten und weil die Arbeitslosigkeit zurecht zu nicht gut ist, beschloß die letzte Sektionsversammlung, daß die Arbeit an dem Montag nicht in Accord übernommen werden soll. Infolge Mitglieder haben sich also nach diesem Beschluß zu richten.

Breslau. Necht sonderbarer Mittel bedienen sich die Inhaber oder Geschäftsführer der hiesigen Stutfirma Wilson & Böhm, um sich bei ihren Arbeitern beliebt zu machen. Die Firma war jahrelang die renommierteste in ganz Schlesien, und zwar nicht nur in Bezug auf ihre geistliche Leistungsfähigkeit, sondern auch in Arbeit. Leider ist nun diese zuletzt angelegte, lobenswerte Eigenschaft seit längerer Zeit nicht mehr vorhanden. Wäre der persönliche Mangel, die zum allerschlimmsten auf auger-einigten Jahren gekommen, unter die Inhaber schon vor Wilson den bedeutungsvollen Zusatz "Stutfirma Wilson & Böhm" (das ist der Sohn des alten hiesigen Inhabers) zu setzen. Im allgemeinen sprachen die Arbeiter von der Wendung im Betriebe wenig, da wohl der Inhaber von dem nunmehrigen Geschäftsführer Herr Böhm für einen bewerteten. Zu Beginn des Jahres 1912 wurde in diesen Stutfirma ein "angenehmer" Erinnerung geblieben freiere Unternehmer sein, erst als Probationszeit, während der gegen die Betreuer der Arbeiter zu ihrem Unternehmen, da er dem B. Funktionen gab, mit denen die Arbeiter aus Erfahrung über seine Betrugsgeschichte nicht einverstanden sein konnten. Allerdings soll B. das Vertrauen des Unternehmens durch Einzahlung einer größeren Summe erworben haben. Dieser neue Geschäftsführer hat nun allerdings "angenehm" eingeführt. Insbesondere sucht er sich jüngere Arbeiter aus, mit denen er die von ihm übernommenen Arbeiten ausführt. Gleichfalls aus der Betrugsgeschichte dieses Herrn wissen die Stulfirma, daß er gern im Verborgenen, und da er nur immer dieselben Arbeiter bevorzugt, ist das Vertrauen nur zu befehligen. Als der Geschäftsführer Herr Böhm den Montag wieder einmal über die Unreife des Geschäftsführers fragte, wies er auf die alten Leute alle raus, mit meinen Leuten werden wir hier nicht mehr verdienen! Die Arbeiter schauten, daß, wenn schon ausgerechneten werden soll, an der anderen Stelle bekommen werden müßte. Und dazu werden sie das Schicksal zu geistiger Zeit mitbringen. Am Gewerkegericht ist die Firma jetzt ständig alle Verträge zu finden, was in den 30 Jahren ihres Bestehens noch nie der Fall gewesen ist. Doch der Herr Böhm, der über recht viel freie Zeit verfügt, will wenigstens auf einen Gebiet rennen. Wäre die Konkurrenz nur einigermaßen günstiger, dann würde die Organisation die Schulden betreiben. Es muß dem Unternehmer gezeigt werden, daß der Vertrag auch bei ungünstiger Konjunktur gehalten werden muß. Welleicht bietet sich in nächster Zeit dazu Gelegenheit. Der Unternehmer hat seinen festgesetzten den Arbeitern wegen ihrer Unreife alle Verträge, den Zahlungsunfähigkeit entgegenkommen, hat sich auch hohe Forderungen zu setzen. Bei der Firma ist jeder Arbeiter im Zweifel, ob er seinen Verpflichtungen seiner Kommittee gegenüber auch nachkommen kann; denn fast jeder Sonntagabend geht er in den Kneipen, wo er hat nicht mehr Geld! — Am Montagabend erklärte die Arbeiter zu 15. Den Wetterbericht müssen sie der Firma bringen, ob sie wollen oder nicht, und dabei leiden die Arbeiter durch die Firma, die den Arbeiter, die den Arbeiter 1912 in Berlin angeführt wurde, erklärten sich 30 betriebe Stulfirma gegen die große Arbeit an. —

Wien. Arbeitsangebot von hier sind abzunehmen. Es beruht durchaus kein Mangel an Arbeitskräften.

Freiwillig geordneter Arbeitsbeschäftigung ist. In ihrem herauszubringen wird die Firma von einem Teil der bei ihr zum Teil im deutschen Fabrikarbeiterverband, zum Teil bei uns und zum Teil im christlichen Fabrikarbeiterverband organisiert. Die Zustände sind zum größten Teil im höchsten Sinne patriotisch. In Lauf wird in der Fabrik ein Stundenlohn von 88 A gezahlt; ist j. B. eine Arbeit in Tag. Wenn aber ein Kollege der Firma mittelt, daß er er 60 A Stundenlohn und 1.150 Kollege pro Tag, so erhält er einen wöchentlichen Unterschied von 4.1620. Arbeiten j. B. ein bei uns organisierter Kollege und ein christlich organisierter Kollege zusammen über Wägen in Bamberg, so muß der christliche Betrag von ihren christlichen Arbeitern: Dummheit muß bestraft werden. Im letzten Herbst versuchte unser Kollege Siegler den bei Wägen beschäftigten Arbeiter eine große Menge. Die Firma ist mit Hilfe betriebl. Arbeiter des Fabrikarbeiterverband und christlichen Fabrikarbeiterverband einseitig und der Firma Wägen außer Acht. Wir werden versuchen, dabei zu sein.

Internationale Bauarbeiterbewegung. Schweiz.

Zur Tarifbewegung der Gipser. Am 26. März haben in Basel vor dem Einigungsamt Verhandlungen mit den Gipsermeistern stattgefunden. Die Meister taten so, als ob sie keinen Tarif mehr abschließen wollten, erklärten sich aber doch auf Vorschlag des Amtes stillschweigend dazu bereit. Unsere Kollegen forderten die Einführung des Neunstundentages. Sie wissen nach, daß von den 320 organisierten Kollegen 270 auswärts wohnen und täglich ein bis zwei Stunden brauchen, um von und zur Stadt zu gelangen. Das Einigungsamt machte den Vermittlungsvorschlag, mit nächstem Jahre die neunzehnstündige Arbeitszeit noch beizubehalten. In der Debatte gaben die Meister diese Möglichkeit zu. Als Lohn forderten unsere Kollegen 80, 88 und 86 Cent. Minimallohn. Der Vorschlag des Einigungsamtes lautete dann auf 76 Cent für erste Jahr bei neunzehnhundert Stunden, 80 für zweite bei neun Stunden und 82 für dritte und folgende Jahre bei fünfjähriger Tarifdauer. Nach dem dritten Jahre soll die Lohn wieder geprüft werden, ob sie den wirtschaftlichen Verhältnissen noch entsprechen. Gegen die Pfordern der Meister, daß die Akkordarbeit bei auswärts Arbeit wieder gestattet werden sollte, wandten sich die Arbeitervertreter. Dann erklärten sie sich auf Vorschlag des Einigungsamtes damit einverstanden, daß der jetzige Tarif bis 15. April verlängert wird. Die Meister hatten bis 29. März zu erklären, ob sie die Vorschläge über Lohn und Arbeitszeit annehmen wollen. Die Meister verneinten die Annahme; sie wollen die neunzehnhundertstündige Arbeitszeit bei dreijähriger Vertragsdauer beibehalten. Die Versammlung unserer Kollegen nahm nach lebhaften Auseinandersetzungen den Vorschlag des Einigungsamtes schließlich an. Bei einer neuen Sitzung am 1. April verbarnte das Einigungsamt bei der Ansicht, daß die Einführung des Neunstundentages möglich sei. Im Laufe der Woche will das Amt nochmals zusammenzutreten und einen Entwurf aufstellen, über den sich dann die Parteien endgültig zu entscheiden haben.

Auch in Zürich fanden am 26. März Verhandlungen statt. Es wurde vereinbart, daß Sonnabends das ganze Jahr um 4 Uhr Feierabend sein soll. Das ergibt im Sommer 52 Stunden pro Woche statt der bisherigen 63. In der Lohnfrage konnte man sich nicht einigen, da die Meister für die ganze Tarifdauer nur 2 Cent mehr Minimallohn geben wollten, anstatt 88 sollten 86 Cent angesetzt werden. Damit wäre nicht einmal der Ausfall der 1 1/2 Stunden wöchentlich gedeckt. Zudem sollte die volle Arbeitszeit anstatt am 1. erst am 15. Februar beginnen. Die Hilfsarbeiter sollten überhaupt nicht mehr in den Vertrag aufgenommen werden. Unsere Kollegen forderten 88, 90 und 92 Cent. Zu einiger Einigung kam es nicht. Am 2. April fand dann nochmals eine Verhandlung statt. Diese ergab nach langer Auseinandersetzung eine Einigung der beiden Kommissionen in dem Sinne, daß der Minimallohn für Gipser im ersten Vertragsjahre 88, im zweiten und dritten Vertragsjahre 90 und im vierten und fünften Vertragsjahre 92 Cent, für Handlanger drei Jahre 60 und zwei Jahre 58 Cent betragen soll bei 62 Stunden wöchentlich Arbeitszeit. Der Wochenverdienst darf sich nicht verringern. Vorbehaltlich der Zustimmung der Parteien tritt der Vertrag Malemeister durch ein Schreiben protzig jede Verhandlung ab und erklärten, wenn nicht passend, der "König gehen". Im gleichen Atemzuge setzten sie: "Wir wollen keinen Krieg!" Da aus ihrem Schreiben noch verschiedene unrichtige Auffassungen von Wesen einer Tarifbewegung hervorgehen, sind unsere Kollegen nochmals an sie herzutreten, um Verhandlungen herbeizuführen. Der Ausgang muß abgewartet werden.

Schweden.

Der Schwedische Maurerverband hat zu dem dreizehnten Kongress in Göteborg abgedreht. Der Verband hat in 41 Abteilungen (Zweigvereine) nach 2700 Mitgliedern, die auf dem Kongress durch 59 Delegierte vertreten waren. Die schwedischen Kollegen haben in den letzten Jahren keine guten Zeiten gehabt: Rechte Arbeitslosigkeit und wiederholte Anwesenheitsbesuche nicht nur keine weitere Ausbreitung der Organisation zugelassen, sondern die Mitgliederzahl hat sich Ende 1909 sogar um rund 600 vermindert. Dennoch hat unser Bruderverband die von dem Unternehmensverband geplanten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren und im Jahre 1911 auch wieder eine kleine Verbesserung erlangen können. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Verband nun auch bald die frühere Mitgliederzahl nicht nur erreicht, sondern überdies überlegen sein wird. Um die Organisation für die unabweislichen Kämpfe mit den Unternehmern finanziell zu rüsten, hat der Kongress die sehr erhebliche Beitragserhöhung beschlossen. Dieser Beitrag wird für 40 Wochen im Jahre erhoben und nicht unverkürzt in die Hauptklasse. Für die lokalen Bedürfnisse müssen mindestens 10 Oer wöchentlich gezahlt werden, in der Regel wird der Abrechnung Beitrag aber auf 20 Oer festgesetzt, so daß der Gesamtbeitrag 60 Oer (7 1/2 A) pro Woche und 24 Kronen (4.27) pro Jahr beträgt. Außerdem sind für eine obligatorische Sterbekasse noch 2 Kronen pro Jahr zu bezahlen. Das Eintrittsgeld beträgt mindestens 5 Kronen, an die Hauptkasse sind in jedem Falle 3 Kronen zu zahlen. — Die drei skandinavischen Maurerverbände (Schweden, Norwegen, Dänemark) stehen in einem Gegenseitigkeitsvertrag, um sich bei allgemeinen Streiks und Aussparungen zu unterstützen. Die finanzielle Unterstützung soll nach den Beschlüssen des Kongresses in Kraft treten, wenn mindestens 25 p/100 der Mitglieder des einen oder des andern Landes im Kampfe stehen. Weiter ist die Gegenseitigkeitsunterstützung davon abhängig, daß der streikende oder ausgesperrte Verband von seinen in Arbeit bleibenden Mitgliedern einen entsprechenden Extrabeitrag erhebt.

Die Frage der Arbeitslosenunterstützung, die zur Zeit in Schweden lebhaft diskutiert wird, fand auch einen starken Widerhall auf dem Kongress unseres Bruderverbandes. Von der Einführung dieser Unterstützung durch den Verband glaubte man jedoch vorläufig noch Abstand nehmen zu müssen. Es soll zunächst dafür gewirkt werden, daß die in Aussicht stehende staatliche Arbeitslosenunterstützung bald zustande kommt; aber auch die Agitation für die Arbeitslosenunterstützung durch den Verband soll tatkräftig betrieben werden. Der nächste Kongress wird sich weiter mit der der Angelegenheit beschäftigen. Aus zwei Abteilungen lag der Antrag vor, die Angestellten des Verbandes sollten keine Mandate für den Reichstag und andere Körperschaften annehmen. Dies risserte sich besonders gegen den Vorsitzenden Nils Persson, der Mitglied des Reichstages ist. Die Anträge wurden jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ebenfalls wurde die Verlegung des Verbandssitzes nach Stockholm abgelehnt. Der Sitz bleibt in Malmö. Der bisherige Vorstand, bis auf ein Mitglied, das um Befreiung von dem Posten ersuchte, wurde wiedergewählt.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterstich, Submissionen etc.
Berlin. Am 26. März ereignete sich auf dem Neubau der Firma Hognau & Knauer, Köpenicker Str. 6-7, ein folgenschwerer Unfall, der den Verlust eines Menschenleben zur Folge hatte. In der Ostwindböe zogen die Arbeiter ein Balken hoch, den der Monteur Gustav Droße eingebunden hatte. Als der Balken bis zur ersten Etage hochgezogen war, rutschte er aus der Schlinge und traf den Monteur so unglücklich auf den Kopf, daß der Tod nach einigen Minuten eintrat.

Dochum. Am 4. April folgte am Bau des Stundmeisters Wann an der Ewaldstraße der Stulfirma Karl Greue aus einem Fenster des vierten Stockwerkes ab. Wie sich der Unfall ereignete, ist von seinem seiner Arbeitskollegen bemerkt worden. Greue hat neben einem doppelten Anbruch allem Anscheine nach auch schwere innere Verletzungen erlitten. Er wurde nach dem Hospital gebracht. Ein Baumfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am 4. April am Neubau Wittener und Friedhofriedenende. Der Betonarbeiter Eißler, der mit dem Ausbreiten der Betonmasse in der zweiten Etage beschäftigt war, trat, während gehend, an die Verwallung der Frontmauer heran, stolperte und stürzte kopfüber auf einen neben dem Baumgang liegenden Haufen Pfosten. Er erlitt einen Schädelbruch und wurde nach Anlegung eines Rotverbandes nach dem Hospital gebracht, wo er fast benutzte, ohne die Befreiung wieder erlangt zu haben, verschied. Ein von Etage zu Etage abgedrängtes Schutgerüst hätte den Fall mildern können. Doch die Unfall- und baupolizeilichen Vorarbeiten seiner Schutgerüste an den Fronten beim Liebesvorbauwerken nicht von die Unternehmer errichten aus eigenem Antrieb notwendig auch keine.

Coswig. Auf dem Erweiterungsbau der Sprengstoffabrik verunglückte am 3. April der Bauarbeiter Friedrich Feige. Als einige Zimmerleute beim Aufhaken von Sparren beschäftigt waren, lag einem Zimmerer die Art von Stiel und er den unten beschäftigten Arbeiter darauf auf den Kopf, daß er eine kassende Wunde davontrug.

Holzer und Steinholzer.

Düsseldorf. Zu Nr. 11 unseres Heftes warnte die Zweigvereinsleitung diejenigen Holzer, welche nicht genau umfassen arbeiten, vor Arbeitsaufnahme bei der Firma W. & B. in a. u. Die organisierten Holzer haben nun auch unsere notgemeinschaften bet. befohlen. In im nächsten Jahr die organisierten Arbeiter das Elend zu beenden. Dieser Vorgang und die erwähnte Holzfabrik nun Herr Garbelmann arg beschimpft zu haben; denn am 26. März ging uns nachfolgendes Schreiben zu:

An den Deutschen Bauarbeiterverband, Zweigverein Düsseldorf.

Leide Ihnen hierdurch mit, daß ich von den Verträge vom 8. September 1912 nicht erfüllt. Auch werde ich für die Folge keine Arbeit annehmen, welche ich organisiert und obigen Verträge angehöre. In übrigen will ich es unterlassen, auf Ihre Publikationen in der Verbandszeitung gegen mich in der gedruckten Weise gegen Sie vorzugehen, da ich mir keines als zu wenig erlaube.

Wattgenolch. A. Garbelmann.

Es Schloß halber geben wir dieses Schreiben voll inhaltlich wieder. Wenn Sie den letzten Satz meinen wie unbillig ist an das Bild denken, auf den der Wops den Wops enthält. — Die am 30. März stattgefundene Sektionsversammlung gab den auch die richtige Antwort auf das Schreiben der Firma Garbelmann. Sie beschloß einstimmig die Exzesse über diesen Brief. Wir erlauben nun alle Holzer, diesem Briefschluß Achtung zu tragen, Solidarität zu üben und die Firma Garbelmann in lange zu meiden, bis dieselbe bespricht, den am 26. September 1912 gestifteten Vertrag für die Holzer anzuerkennen und in Zukunft ihre Arbeiter pünktlich zu entlohnen.

Aus Nürnberg wird uns geschrieben: Hier herrschen gegenwärtig in unserem Beruf recht mäßige Zustände. Besonders ist es die Firma C. & W. Wöhl in Lauf a. d. Pegnitz, die in Nürnberg eine feste unterhält, die abnehmend ein-

